

DAS DOKUMENT

DGB fordert Maßnahmen gegen rechtsradikale Gruppen

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 5. Januar 1960 folgende Entschließung angenommen:

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes als die Vertretung der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Bundesrepublik ist über die Schändung der Synagogen, Kirchen und Mahnmale für die Opfer des

Nationalsozialismus tief empört. In Übereinstimmung mit allen anständigen Menschen verurteilt er diese abscheulichen Taten auf das schärfste.

Diese Untaten lenken erneut die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Hintergründe der beschämenden Vorgänge. Seit Jahren machen sich in der Bundesrepublik rechtsradikale Vereinigungen breit, in denen sich die unbelehrbaren Anhänger des fluchbeladenen nationalsozialistischen Regimes sammeln. Obwohl diese Gruppen sich vielfach mit scheindemokratischen Ideologien tarnen, verfolgen sie das Ziel, unter Verfälschung der historischen Wirklichkeit antisemitische und nationalsozialistische Vorstellungen erneut zu beleben. In ihrer um-

fangreichen Propagandaliteratur sind diese Gruppen eifrig bestrebt, die demokratische Ordnung in Mißkredit zu bringen und die Bevölkerung, vor allem die Jugend, politisch zu verhetzen.

Auf dem Boden dieser neofaschistischen und antisemitischen Propaganda sind die Untaten der letzten Wochen erwachsen, die heute allgemeines Entsetzen hervorrufen.

Regierungen und Gerichte haben bisher gegenüber diesen Feinden der Demokratie eine gefährliche Langmut und Nachsicht an den Tag gelegt. Nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerkschaften haben jene Widersacher gegen unsere freiheitliche Ordnung keinen Anspruch auf Schonung und Toleranz.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert daher von den politischen Parteien, der Bundesregierung und den Landesregierungen un-

verzügliche Maßnahmen, die die verderbliche Tätigkeit der rechtsradikalen und antisemitischen Gruppen an der Wurzel bekämpfen. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes regt an, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Hintergründe der verwerflichen Untaten untersucht.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sind bereit, mit allen demokratischen Kräften an der Lösung dieser für die Gesundung unserer Demokratie unerläßlichen Aufgabe mitzuarbeiten.

Unseren jüdischen Mitbürgern und den Opfern des Nationalsozialismus spricht der Deutsche Gewerkschaftsbund seine volle Sympathie aus und sichert ihnen seine ungeteilte Solidarität zu in unserem gemeinsamen Kampf für Fortschritt und Wahrung der Menschenwürde.